

Wir in NRW halten zusammen

Zukunftskonvent der **NRWSPD** am 31.10.09 in Oberhausen



Das Thema „Sozialer Zusammenhalt“ stand im Mittelpunkt des fünften Zukunftskonvents der NRWSPD. Unter dem Motto „Wir in NRW. Gemeinsam stärker.“ diskutierten über 800 Parteimitglieder und Gäste in Oberhausen die Frage, wie unsere Gesellschaft menschlicher gestaltet werden kann.

Aber auch die künftige Ausrichtung der SPD nach der verlorenen Bundestagswahl war Thema. Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD, betonte die Vorbildfunktion des nordrhein-westfälischen Landesverbandes für diesen Erneuerungsprozess. „Wir in Nordrhein-Westfalen haben die Oppositionszeit genutzt, um uns neu aufzustellen“, so Kraft. Die Landes-SPD habe in den vergangenen Jahren Positionen geschärft, Fehler analysiert und Ballast über Bord geworfen. „Daran werden wir uns jetzt auch in der Bundespartei orientieren“, sagte Kraft unter dem Beifall des Publikums.

Zum SPD-Ergebnis am 27. September sagte sie: „Wir haben nicht nur einfach eine Wahl verloren – nein, wir haben in dramatischem Umfang Vertrauen und Zustimmung verloren.“ Die SPD sei beim Wähler nicht mehr als die Partei wahrgenommen worden, die für eine gerechte Gesellschaft eintritt, so die Kandidatin für den stellvertretenden Bundesvorsitz. Deshalb dürfe es kein „Weiter so“ geben. Die SPD müsse sich jetzt mit den Ursachen befassen und sich fragen, „was wir in unserer Politik falsch gemacht haben“, forderte Kraft. Der Bundesparteitag in Dresden vom 12. bis 15. November werde dazu Gelegenheit bieten. Dort werde ein Prozess beginnen, der die Politik der SPD „auf eine neue, festere Basis“ stellen werde.

Mit Kritik bedachte Hannelore Kraft den Koalitionsvertrag der neuen schwarz-

gelben Bundesregierung. Damit werde in Deutschland nun das „Virus des Sozialabbaus und der Entsolidarisierung eingepflanzt“. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers versuche das zwar zu bemänteln. Doch nach der Landtagswahl werde die „Epidemie mit Sozialkürzungen und finanziellen Belastungen“ ausbrechen, erklärte Kraft. Im Koalitionsvertrag sei die „soziale Kälte“ angelegt, er sei ein Angriff auf den sozialen Zusammenhalt. Der Tenor der Regierungsvereinbarung sei Entsolidarisierung und Privatisierung. „Im Koalitionsvertrag werden Brandsätze etabliert, die bei Gelegenheit gezündet werden“, erklärte Kraft unter starkem Beifall.

Es müsse einen „Systemwechsel, nicht nur im Bildungsbereich geben“, forderte Kraft und betonte: „Wir müssen den jungen Menschen Sicherheit geben.“ Denn junge Menschen, die keine Sicherheit empfänden, würden auch keine Kinder bekommen. Zudem warnte sie vor steigender Kinderarmut. „Jedes vierte Kind in NRW lebt in Armut“, so die Landesvorsitzende. Die Politik der neuen schwarz-gelben Bundesregierung werde dazu führen, dass Kinder die Folgen der Armut noch stärker zu spüren bekommen.

Hannelore Kraft bedankte sich in ihrer Rede ausdrücklich bei Uwe Becker. Das Vorstandmitglied der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe hatte zuvor in seiner Rede auf eine Wende in der Arbeitsmarktpolitik gedrängt. Das Problem läge nicht in einer mangelnden Arbeitsbereitschaft der Betroffenen, vielmehr daran, dass wir „schlichtweg unter dem Strich einen Mangel an verfügbaren Arbeitsplätzen“ hätten, so Becker.

Wichtig sei, „dass nicht weiter das soziale Klima im Land durch eine Diskreditierung der Arbeitslosen geschürt wird“, forderte

Becker. „Diese Form der Verarmung der politischen Kultur ist manchmal schwerer zu ertragen, als die vielfältigen Gesichter der materiellen und emotionalen Armut derer, die auch solche Kommentierungen noch über sich ergehen lassen müssen.“

Im Anschluss an die Reden verteilten sich die Teilnehmer des Konvents in drei Foren zu den Themen „Gemeinsam Kinder stark machen“, „Gemeinsam Generationen verbinden“ und „Gemeinsam für bürgerschaftliches Engagement“. Die Diskussionsbeiträge in den Foren und die Kernpunkte in Uwe Beckers Rede waren für Britta Altenkamp, stellvertretende Vorsitzende der NRWSPD und der SPD-Landtagsfraktion, eine erste Bestätigung für die Grundpositionen im Positionspapier zum Zukunftskonvents 2009 „Wir in NRW halten zusammen.“ Das Positionspapier wird mit dem Input aus dem Konvent überarbeitet und im Dezember zur weiteren Diskussion innerhalb der SPD veröffentlicht werden.

In ihrem Schlusswort zu Zukunftskonvent unterstrich Altenkamp, dass die Auseinandersetzung über die sozialen Leitlinien im SPD-Landtagswahlprogramm begonnen habe. Für sie sei der Begriff „Teilhabe“ die große Klammer über viele Themen der Arbeits- und Sozialpolitik in Deutschland. „Wir haben eine positive Vision von einem gerechten NRW und wollen mit unserer Politik dazu beitragen, dass diese Vision in konkrete Maßnahmen umgesetzt wird“, heißt es auch im Entwurf des Positionspapiers.

Diese Vision teilen auch die vielen neuen Mitglieder der NRWSPD. Seit der Bundestagswahl sind allein in Nordrhein-Westfalen über 1.000 Männer und Frauen der SPD beigetreten. Zum Kennenlernen, zum Austausch und zur Diskussion wurden sie in Oberhausen zu einem Neumitgliedertreffen eingeladen. Über 350 Neumitglieder folgten der Einladung.

Bei der Weiterentwicklung der Gesellschaft soll kein Mensch ausgeschlossen werden. Für die Teilhabe von Gehörlosen am Diskussionsprozess sorgten beim Zukunftskonvent in

Oberhausen zwei Gebärdensprache-Dolmetscherinnen.

DOKUMENTATION

Rede von Dr. Uwe Becker

Gastredner auf unserem Zukunftskonvent war Pfarrer Dr. Uwe Becker (Foto), Vorstand der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, der zum Thema „Die Krise als Herausforderung für den Sozialstaat“ referierte.

In seinem Vortrag wies er auf das schlechte soziale Klima gerade gegenüber Langzeitarbeitslosen hin, das nicht zuletzt auch von namhaften Politikern durch Diskreditierung der Betroffenen geschürt werde.

Er fordert mehr soziale Teilhabe vor allem dort, wo die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt nicht ausreichend gelingt. Dazu sei es sinnvoll, eine breite Angebotsstruktur von gemeinwohlorientierter und sinnstiftender Arbeit aufzubauen, die zudem die Perspektive auf einen zusätzlichen kleinen Verdienst zu den Transferleistungen ermögliche.



Die komplette Rede zum Nachlesen ist unter folgendem Link zu finden:

http://www.nrwspd.de/db/docs/doc_26525_2009112134318.pdf

Wer die Rede anschauen möchte, findet das Video unter:

<http://www.nrwspd.de/meldungen/21283/4112/Video-Rede-von-Dr-Uwe-Becker-auf-dem-Zukunftskonvent-der-NRWSPD.html>

DOKUMENTATION

Rede Hannelore Kraft

In ihrem Redebeitrag skizzierte Hannelore Kraft (Foto) ein Nordrhein-Westfalen, das sich wieder stärker an den sozialen Bedürfnissen der Menschen in diesem Land orientieren müsse. Auch die Politik der Landesregierung von Jürgen Rüttgers konstruiere etwa an vielen Stellen einen Widerspruch der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – diese neoliberale Denke schade unserem Land.

Sozialdemokratische Politik habe immer auf dem Prinzip beruht, den nicht privilegierten Menschen eine Perspektive zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zu bieten. In den letzten Jahren sind die Aufstiegschancen für viele Menschen geringer geworden. Es gilt, jetzt wieder mehr Durchlässigkeit im System zu schaffen, dafür ist Bildung der wichtigste Faktor.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gemeinsam dieses Land gestalten. In einer kämpferischen Rede forderte Hannelore Kraft alle auf, anzupacken, die sich den Werten der Sozialdemokratie bis heute verpflichtet fühlen.



Die komplette Rede zum Nachlesen und Anschauen ist hier zu finden:

<http://www.nrwspd.de/meldungen/21283/74109/Zukunftskonvent-2009-Rede-der-Landesvorsitzenden-der-NRWSPD-Hannelore-Kraft.html>

NEUMITGLIEDERTREFFEN

Über 5000 neue Genossinnen und Genossen sind 2009 in die NRWSPD eingetreten, über 2000 davon nach der verlorenen Bundestagswahl. Das war Grund genug, auf dem Zukunftskonvent



ein spezielles Neumitgliedertreffen durchzuführen. Dabei diskutierten Bundesschatzmeisterin Barbara Hendricks, Landesschatzmeister Norbert Römer, Landesvorstandsmitglied Renate Drewke und die junge Bonner Stadträtin Miriam Schmidt unter der Leitung von Marc Herter (Foto oben v.l.nr.) aus dem SPD-Landesvorstand über Ihre Gründe für den Eintritt in die SPD, vor allem aber mit den neuen Mitgliedern über deren Erwartungen an die Arbeit in der SPD.

Deutlich wurde dabei die klare Erwartung der neuen Mitglieder aus allen Altersgruppen, sich jetzt auch die inhaltliche Neuaufstellung der SPD einzubringen. Die SPD-Ortsvereine sind besonders aufgefordert dies möglich zu machen. Aus den gut zwei Dutzend Wortbeiträgen wurde aber auch deutlich, dass es eine große Bereitschaft gibt, die SPD gerade in dieser schwierigen Phase auch offensiv zu unterstützen.



DOKUMENTATION

Forum I Gemeinsam Kinder stark machen



Podium (von links nach rechts)

Matthias Münning, Landesrat des
Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe

Dr. Frank Johannes Hensel, Diözesan-
Caritasdirektor Erzbistum Köln

Norbert Killewald, MdL; sozialpolitischer
Sprecher (Moderation)

Dieter Greese, Vorsitzender des
Deutschen Kinderschutzbundes NRW

Tim Kähler, Beigeordneter Stadt Bielefeld

Der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes liegt in den Herzen und Köpfen unserer Kinder. Trotzdem hängt kaum irgendwo der Bildungserfolg von Kindern so sehr vom Status der Eltern ab wie in der Bundesrepublik Deutschland. Vorrangiges Ziel muss es daher sein, Kinder so stark wie möglich zu machen und massiv in den Bildungsbereich zu investieren.

Diese Forderungen unterstützt auch der Vorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese. Er fordert aber, Kinderpolitik eigenständiger zu betrachten und Politik nicht länger ausschließlich von den Eltern her zu denken. Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz könnte hier ein notwendiges Umdenken bewirken.

Frank-Johannes Hensel, Caritasdirektor im Erzbistum Köln, teilt ebenfalls die grundsätzlichen Forderungen der SPD,

fordert aber mehr Konkretisierung – insbesondere der Forderung nach Kostenfreiheit in der Kita. Die Partei solle einen Förderplan aufstellen und frühe Hilfen für Kinder etablieren. Hensel hält auch das gemeinsame Mittagessen für sinnvoll, würde sich aber freuen, wenn die Kinder es auch zusammen zubereiten. Im Kern müsse es jetzt darum gehen, die finanziellen Mittel direkt zu den Kindern zu lenken – und zu sagen, wo sie herkommen sollen.

Bielefelds Beigeordneter Tim Kähler kritisiert vor allem die schlechte Finanzausstattung der Kommunen, in denen zudem rund 80% der Sozialtats in Transferleistung fließen und nur 20% flexibel einsetzbar seien. Entsprechend sind zur Verbesserung der Angebote zusätzliche Finanzmittel notwendig. Das Kinderbetreuungsgesetz (Kibiz) gehört für den kommunalpolitischen Praktiker abgeschafft.

Landesrat Matthias Münning lobte die SPD für ihre Politik für Menschen mit Behinderungen – daran solle sie festhalten. Es gelte, den Ansatz der Inklusion in den Mittelpunkt zu stellen und so viele Kinder mit Behinderungen wie möglich in Regel-Kindergärten und Schulen zu integrieren. Zudem verwies er auf die besondere Herausforderung durch den demographischen Wandel. Dieser führe auch dazu, dass die Zahl der hilfebedürftigen Menschen steigt, worauf sich die Politik einzustellen hat.

Zu den Hauptthemen der Diskussion mit dem Publikum zählte das Betreuungsgeld. Auf die Frage, ob die SPD es aus rein ideologischen Gründen ablehne, erklärten sowohl Tim Kähler als auch Dieter Greese, dass die Zahlung eines Betreuungsgeldes Bildung verhindere. Frank Thomas Hensel dagegen glaubt, dass es durchaus bei den Kindern auch ankommen würde. Gefordert wurde in der Diskussion vor allem, den Fokus stärker auf die frühkindliche Bildung zu legen, die im Alltag zu kurz komme. Auch eine eigenständige Politik für Jugendliche sei noch nicht ausreichend entwickelt worden.

DOKUMENTATION

Forum II Gemeinsam Generationen verbinden



Podium (von links nach rechts):

Stefan Pfeifer, DGB

Burkhard Hintzsche, Beigeordneter der Stadt Düsseldorf

Bernhard „Felix“ von Grünberg, Präsident des Deutschen Mieterbundes NRW

Dietmar Köster, Mitglied des SPD-Landesvorstands (Moderation)

Der Begriff „Demographischer Wandel“ hat in den letzten Jahren zwar Einzug in den Sprachgebrauch des Alltags gehalten, ist für viele Menschen aber weitgehend unkonkret geblieben. Die NRWSPD hatte sich dem Thema ausführlich gewidmet und unter anderen auch einen Kongress zum Thema Anfang 2009 abgehalten, dessen Ergebnisse sich auch im Positionspapier wieder finden.

Der DGB in Nordrhein-Westfalen schauete zuerst natürlich auf die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, wie sein Abteilungsleiter Wirtschafts- und Sozialpolitik, Stefan Pfeifer, erläuterte. Die Altersgruppe der 50 bis 64jährigen werde künftig die stärkste Generation auf dem Arbeitsmarkt sein. Umso wichtiger sei es, jetzt nicht den Verteilungskampf „jung gegen alt“ zu konstruieren, sondern an einem solidarischen System festzuhalten. Dazu gehören für den DGB auch Änderungen bei der Rente. Das gesetzliche Renteneintrittsalter von 67 Jahren sei gerade vor dem Hintergrund zu starr, dass schon heute nur noch 3 von 10 Personen,

die in die Altersrente wechseln, aus einem sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Arbeitsverhältnis kommen. Daher werben die Gewerkschaften dafür, den Eintritt in die Rente zu flexibilisieren.

Düsseldorfs Beigeordneter Hintzsche sieht die Kommunen vor großen Herausforderungen, wenn es um den demographischen Wandel geht. Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren sind vielerorts ein erster Ansatz, Generationen zu verbinden. Zahlreiche Investitionen seien aber noch nötig: Bis zu 80% der kommunalen Wohnungsbestände sind älter als 80 Jahre und damit weder energetisch noch in Sachen Barrierefreiheit zukunftsfähig.

Das Thema Wohnen von Älteren beschäftigt naturgemäß den Präsidenten des Deutschen Mieterbundes NRW, Bernhard von Grünberg, in besonderem Maße. Er erinnerte daran, dass 2050 doppelt so viele Menschen wie heute pflegebedürftig sein werden. Entsprechend müsse mehr dafür getan werden, zuhause Pflege zu ermöglichen. Nur ein winziger Teil der Wohnungen sei barrierefrei und pflegegerecht, letztlich könnten aber kaum die Mieter das Geld in die Hand nehmen, die Wohnungen umzubauen. Dass das Land sich im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus immer mehr beschneidet und z.B. das Wohnungsbauvermögen in die NRW Bank einbringt, hält von Grünberg für einen Skandal – zumal es sonst kaum Investoren mit langfristigen Interessen, dafür aber viele Heuschrecken im Markt gebe.

Hauptthema der Diskussion war die Eingliederung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt, wobei die Forderung nach flexibleren Renteneintritten geteilt wurde, vor allem aber auch eine Humanisierung der Arbeitswelt eingefordert wurde, durch die ein längerer Verbleib im Beruf erst möglich wird.

DOKUMENTATION

Forum III Gemeinsam für bürgerschaftliches Engagement



Podium (von links nach rechts):

Dr. Georg Scholz, Landesvorsitzender
Arbeitersamariterbund NRW

Prof. Dr. Volker Rittner, Institut für
Sportsoziologie, DSHS Köln

Bärbel Dittrich, Vizepräsidentin des
Landessportbundes NRW

Andrea Hankeln, Centrum für
bürgerschaftliches Engagement

Elisabeth Koschorreck, MdL (Moderation)

Mehr als sechs Millionen Menschen in NRW engagieren sich ehrenamtlich. Dabei ist das Ehrenamt so hoch im Kurs wie nie, kaum eine Kommune kommt ohne einen eigenen Ehrenamtspreis aus. Was aber kann Politik in den nächsten Jahren tun, um ehrenamtliches Engagement zu unterstützen?

Für Bärbel Dittrich, Vizepräsidentin des Landessportbunds, ist vor allem der Respekt die wichtigste Würdigung für die ehrenamtlich Engagierten, weil diese ihre Zufriedenheit durch das Engagement erreichen – dies alles habe wenig mit Macht. Prestige oder gar finanziellen Vorteilen zu tun. Deshalb gehe es im Sport jetzt darum, alle Maßnahmen, Vereine und Initiativen darauf auszurichten, Menschen in den unterschiedlichsten Lebensphasen sowohl die Teilhabe am Sport, aber auch am gesellschaftlichen Geschehen zu

ermöglichen. Dies verbindet auch Generationen.

Andrea Hankeln vom Centrum für bürgerschaftliches Engagement hat festgestellt, dass sich selbiges oft nicht mehr in den institutionalisierten Zusammenhängen von Initiativen oder Vereinen abspielt, Deshalb bietet ihr Verein Beratung für Menschen, die sich freiwillig in bestimmten Projekten engagieren wollen. Dieses Engagement spiele sich vor allem in den Kommunen ab. Politik muss deshalb die Rolle der Kommunen in diesem Bereich stärken und für eine angemessene Finanzausstattung sorgen.

Für den Sportsoziologen Dr. Volker Rittner ist klar, dass der Sport heute die einzige Großorganisation ist, die noch Wachstum verspricht. Weil er auch die meisten ehrenamtlichen Tätigkeiten generiere, gelte es hier stark anzusetzen. Mit den richtigen Instrumenten könne man das hohe Potenzial noch weiter ausschöpfen. Entscheidend sei es dabei, verschiedene Akteure, etwa aus den Bereichen Jugend, Soziales und Gesundheit an einen Tisch zu bringen. Dort, wo politisches Ressortdenken beseitigt werden kann, kann der Sport Erfolge erzielen – auch in der Arbeit mit den Menschen, die für die Gesellschaft derzeit fast verloren scheinen.

Der ASB-Landesvorsitzenden Georg Scholz betonte in seinem Beitrag, dass es Ehrenamtlichkeit nicht zum „Nulltarif“ gebe. Gerade im Bereich der Leistungen von Mensch zu Menschen steigen die Erfordernisse müssen Qualifikationen vermittelt werden – das kostet Geld. Gerade im Bereich der Krankentransporte sei zudem ein politisch gewollter Wettbewerb entstanden, der den Tarif zahlenden Wohlfahrtsverbänden zusetze.

In der Diskussion wurden vor allem die Fragen nach dem Nachwuchs im Ehrenamt sowie nach der auskömmlichen Finanzierung des Sports durch das Land vertieft, wobei gerade hierbei deutliche Kritik vom Landessportbund an Kürzungen von 2,1 Mio. Euro gegenüber 2006 laut wurden.

Wir in NRW halten zusammen

Die stellvertretende Landesvorsitzende der NRWSPD, Britta Altenkamp (Foto) fasste die Diskussionen aus den inhaltlichen Foren kurz zusammen. Sie hatte alle drei besucht und sich zahlreiche



Notizen gemacht. Überall wäre es unschwer möglich gewesen, ausführlicher zu diskutieren. Aus organisatorischen Gründen war es aber in diesem Fall nicht möglich gewesen, mehr Zeit für die Diskussion zur Verfügung zu stellen.

Mit dem fünften Zukunftskonvent hat die NRWSPD erneut unter Beweis gestellt, dass sie starke inhaltliche Arbeit abliefern. Eine Projektgruppe unter Leitung von Britta Altenkamp hatte seit dem Frühjahr das Positionspapier erarbeitet und bei zahlreichen Gesprächen mit Expertinnen und Experten – weit über die Partei hinaus – weitere Impulse aufgenommen und in das Papier eingearbeitet.

Nachdem in den letzten Jahren u.a. die Themen Bildung, Arbeit, Kommunales sowie Wirtschaft, Umwelt, Klimaschutz in dieser Form bearbeitet worden sind, ist die SPD nun bei ihrem Markenkern, der sozialen Gerechtigkeit angekommen. Die zahlreichen weiteren Impulse aus den Diskussionen im Podium und mit den Gästen werden nun wiederum in der Projektgruppe ausgewertet und vieles wird dann Eingang in die endgültige Fassung des Positionspapiers finden, das eine wesentliche Grundlage für die Erstellung des Landeswahlprogramms für die Landtagswahl im Mai 2010 darstellt.

Besonders gewürdigt wurde das Engagement der neuen Mitglieder. Marc Herter (Foto links), der durch das

Neumitgliedertreffen geführt hatte, berichtete über die Erwartungen der neuen Genossinnen und Genossen, sich aktiv in die Diskussionen in der Partei einzumischen und die große Bereitschaft, sich jetzt auch aktiv in den Landtagswahlkampf einzubringen. Dies muss die SPD jetzt in ihren Gliederungen möglich machen. Der Prozess zur Erstellung des Landeswahlprogramms wird entsprechende Möglichkeiten bieten.



Abschließend blieb nur, den über 800 SPD-Mitgliedern Dank zu sagen, die an diesem Samstagvormittag nach Oberhausen gekommen waren, um an der inhaltlichen Aufstellung der NRWSPD für die Landtagswahl 2010 wesentlich mitzuwirken. Ein besonderer Dank galt natürlich den zahlreichen sachverständigen Podiumsgästen, die ganz wesentlich dazu beigetragen hatten, dass niemand bereut haben dürfte, sich an diesem Tag auf den Weg ins LVR-Industriemuseum gemacht zu haben.

DOKUMENTATION

Positionspapier der NRWSPD
Wir in NRW halten zusammen

Die nach dem Zukunftskonvent 2009 von der Projektgruppe weiter ergänzte Fassung des Positionspapiers gibt es hier zum Download:

http://nrwspd.net/db/docs/doc_27034_20091221121957.pdf